

UNO schlägt Alarm

Sudan: Eine afrikanische Friedenslösung ist vorerst gescheitert - statt dessen eskaliert der Krieg, und Hunger breitet sich aus

Von Luca Schäfer

Drohnen, Dürre, Diplomatie, die bisher ins Leere läuft: Sudan kommt nicht zur Ruhe. Während der Iran oder die Ukraine westliche Schlagzeilen dominieren, verschlechtert sich die humanitäre Lage in dem Land am Nil erneut dramatisch. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen hat erst am Mittwoch eindringlich gewarnt: Im Sudan ist wie auch in Gaza oder dem Jemen die höchste Risikokategorie für eine Hungernot erreicht, die ohne sofortige Hilfe nicht mehr abzuwenden ist.

Parallel dazu haben die Vereinten Nationen ihre Statistik zum eskalierenden Drohnenkrieg präzisiert: Zwischen Januar und Mai dieses Jahres wurden demnach mehr als 1.000 Zivilisten durch Drohnenangriffe getötet - ein Anstieg um 81 Prozent. Die Zahl der Drohnenopfer hat sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verfünffacht.

Seit 2023 bekämpfen sich im Sudan die Schnellen Eingreiftruppen (RSF) unter Mohammed Hamdan Daglo, genannt Hemedti, und die Sudanesischen Streitkräfte (SAF) unter dem De-facto-Präsidenten Abd Al-Fattah Al-Burhan, die zuvor zweimal gemeinsam geputscht hatten. Hinter den Kulissen stehen sich dabei Regionalmächte sowie ihre jeweiligen Interessen gegenüber: Israel und die Vereinigten Arabischen Emirate stützen laut UNO die RSF, während Ägypten, der Iran, die Türkei und Russland die nominelle Regierung des Landes präferieren. Die Rolle der USA kann man als gespalten kennzeichnen: Sanktionen gegen die RSF bei gleichzeitiger Schützenhilfe für Israel und seine Verbündeten.

Analysten sprechen inzwischen von einer »Ukrainisierung« im Sudan: Drohnen bestimmen das militärische Geschehen auch weit jenseits der Frontlinie, ausländische Waffenlieferungen entscheiden über den Verlauf. Aus dem im westlichen Medien gerne als »Bürgerkrieg« betitelten Konflikt ist ein Stellvertreterkrieg mit modernster Technik geworden.

Die eingesetzten Drohnen spiegeln die geopolitischen Bruchlinien wider: Burhans Armee verwendet iranische »Mohadscher-6«- und türkische »Bayraktar«-Drohnen. Die RSF setzen hingegen Berichten zufolge serbische VTOL-, chinesische »Wing-Loong-II«- und FH-95-Drohnen ein, die, wie Satellitenaufnahmen belegen, wahrscheinlich ohne chinesische Zustimmung über Abu Dhabi und den Tschad ins Land kommen. Einen entscheidenden Vorteil besitzt die sudanesischen Regierung: Sie fertigt eigene Drohnen oder Kamikazevarianten aus ausländischen Bauteilen. Das staatliche

Rüstungsunternehmen Defence Industries System stellte 2025 mit der »Safruk« zudem die wohl erste im Sudan entwickelte Drohne vor. Die RSF hingegen verfügen über keine heimische Produktion und sind somit auf intakte Lieferketten angewiesen.

Diese Abhängigkeit schlägt sich auch militärisch nieder. Die RSF haben 2025 schwere Niederlagen erlitten: Die Hauptstadt Khartum ist weitgehend verloren, kontrolliert werden noch Gebiete am Stadtrand sowie Teile Darfurs und Kordofans. Analysten halten eine Bodenoffensive der Regierungstruppen im Sommer für wahrscheinlich. Doch mittels der Drohnen bleiben die RSF im gesamten Land militärisch präsent - und gefährlich.

Westliche Staaten, darunter Deutschland, Norwegen und Frankreich, haben am Donnerstag vor dem UN-Menschenrechtsrat in ungewohnt scharfen Worten einen bevorstehenden RSF-Vorstoß auf Al-Obeid in Nordkordofan verurteilt und vor ähnlichen Folgen wie bei der Einnahme Al-Faschers gewarnt. Dem schloss sich am Sonnabend auch der Weltsicherheitsrat an. Zuvor hatten die RSF bei Al-Obeid Tankstellen, Wohnblöcke und Friedhöfe gezielt angegriffen und 15 bis 20 Zivilisten getötet. Offenbar ist systematischer Terror gegen die Bevölkerung die dahinterstehende Strategie.

Unterdessen keimte kurzzeitig Hoffnung auf einen Friedensschluss auf. Unter Vermittlung eines Quintetts aus Afrikanischer Union, Arabischer Liga, EU und UNO hatten Anfang Juni im äthiopischen Addis Abeba Konsultationen mit rangniederen Akteuren beider Seiten stattgefunden - ein Versuch der »Afrikanisierung« nach dem bisherigen Scheitern US-geführter Verhandlungen in Genf wie Dschidda. Das Ergebnis: Man arbeite an einem Vorbereitungscommittee für einen späteren umfassenden innersudanesischen Dialog. Die Gespräche stehen im Widerspruch zu den anhaltenden Kämpfen - denn beide Seiten rechnen weiterhin mit einem militärischen Sieg, und Burhan, der auf dem Schlachtfeld Oberwasser hat, steht Verhandlungen grundsätzlich skeptisch gegenüber, seitdem bekannt wurde, dass die USA seine Regierung durch einen Übergangsrat ersetzen wollen. Der größte Drohnenkrieg außerhalb Europas tobt weiter - mit offenem Ende. Denn auch der aktuelle afrikanische Vermittlungsversuch erscheint nicht sehr vielversprechend.

<https://www.jungewelt.de/artikel/524662.sudan-uno-schlägt-alarm.html>